

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 5. November 1919, Nr. 435.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 1. Bezirke inländische Kartoffeln zum Preise von K 1.80 per kg und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes „S“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Für die Armen des IX. Bezirkes. Die Bezirksvertretung dieses Bezirkes hat die Aufbringung von Geldmitteln in die Wege geleitet, um den Armen, Kranken und Greisen des Bezirkes im Winter die notwendigste Unterstützung gewähren zu können. Durch die Schulen und die Armenvorsteher sollen die Kinder mit Kleidern, Schuhen und Holz beteiligt werden. Ausser den Sammlungen in den Häusern, die von allen Parteien durchgeführt werden, finden Sonntag nachmittag in allen Kinos des Bezirkes Sondervorstellungen statt. Die Kinobesitzer haben sich bereit erklärt, das Reinertragnis dieser Vorstellungen dem angeführten Zwecke zu widmen. Ferner werden zur Unterstützung der Armen Vorstellungen im Komödienhaus und in der Neuen Wiener Bühne und ein Konzert/der Volksoper stattfinden.

Die Räumlichkeiten für die städtische Dienstvermittlung.

Der ehemalige Gemeinderat Karl Wimberger, in dessen Haus an Neubaugürtel die städtische Dienstvermittlung untergebracht ist, trat an die Gemeinde Wien mit dem Ansuchen um eine neuerliche Entschädigung von 32.500 K für die seitens der Gemeinde Wien neu gemieteten Räume in seinem Hause heran, weil ihm durch den Parteienverkehr angeblich finanzielle Nachteile erwachsen seien. Der Magistrat beantragte die Ablehnung dieses Ansuchens, dem sich auch in der heutigen Stadtratsitzung der Referent StR. Richter anschloss. Nachdem Wimberger ohnehin schon erst bei der seinerzeitigen Miete der Räume einen Entschädigungsbetrag von 60.000 K erhalten hat. StR. Siegel bezeichnete es als ein überaus starkes Stück, dass Wimberger ein solches Ansuchen zu stellen wage. Schon seinerzeit anlässlich der Miete des Saales für Zwecke der Arbeitsvermittlung habe er die Zwangslage der Gemeinde, diesen Saal mieten zu müssen, ausgenützt, indem er damals eine Entschädigung von 60.000 K verlangte, die ihm auch bewilligt worden sei. Jetzt benütze die Zwangslage der Gemeinde abermals für seine Zwecke, wozu ihm welchem Ansinnen aber der Stadtrat nicht zustimmen könne.

Der Referent bemerkt in seinen Schlussworte, dass Wimberger in der Tat die Zwangslage der Gemeinde jetzt ausnützen wolle, da er ja schon damals, als er die Arbeitsvermittlung in sein Haus aufgenommen habe, sich darüber im Klaren gewesen sein musste, dass mit derselben auch ein Parteienverkehr verbunden sein werde. Die Gemeinde habe zweifellos keine Verpflichtung, den Ansuchen Wimbengers Rechnung zu tragen und deshalb beantrage er dessen Ablehnung. Der Referentenantrag wurde angenommen.

Die Kohlenversorgung. In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bgm. Reumann folgenden Bericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Kohle: Die Kohlsituation hat keine Besserung gefunden, vielmehr eine namhafte Verschlechterung. Wir stehen vor der Tatsache, dass der Betrieb der Elektrizitätswerke auf das Ärgste gefährdet erscheint. Ich habe am 3. November folgende Zuschrift von Seite der Direktion der Gaswerke erhalten: „Oberbaurat Philip des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten teilt soeben mit, dass die städtischen Elektrizitätswerke wegen Kohlenmangel vor der Betriebseinstellung stehen und dass er genötigt sei, durch zwei Tage den gesamten für die städtischen Gaswerke bestimmten Kohleneinlauf (ungefähr 2000 Tonnen) den Elektrizitätswerken zu überweisen. Die gefertigte Direktion hat dem Oberbaurat Philip gegenüber auf das äusserste Bedenken dieser Massnahme in Hinblick auf die Unersetzlichkeit der Gaswerkskohle hingewiesen. Der Genannte erklärte, keinen anderen Ausweg zu finden. Er stellte nur in Aussicht, dass angeblich als Ersatz für die in Lundenburg beschlagnahmten Oberschlesischen Kohlen von der tschechischen Regierung zugesagt worden ist, den städtischen Gaswerken zuzuweisen.“

Sie werden begreifen, dass diese bedenkliche Manipulation, Kohle vom Gaswerke zu nehmen und dem Elektrizitätswerke zu geben, unter uns die grösste Beunruhigung hervorrufen muss, weil dadurch auch die Versorgung der Bevölkerung mit Gas auf das ernsteste gefährdet erscheint. In derselben Angelegenheit ist vom städtischen Elektrizitätswerke folgender Bericht, ebenfalls unter dem 3. November eingelangt: „Seit einigen Tagen ist die Belieferung der Elektrizitätswerke mit Kohle wieder sehr schlecht. Ich habe deshalb alltäglich eine grössere Zuweisung von Kohle verlangt, und zwar umso mehr, als das Staatsamt für die Ankerbrotfabrik täglich 5 Waggons Nordwestböhmische Kohle abdisponiert hat, wofür allerdings dem Elektrizitätswerk das gleiche Quantum obereschlesischer Steinkohle zugewiesen werden sollte, diese letztere Zuweisung aber ziemlich illusorisch ist, weil die Elektrizitätswerke ohnedies den gesamten Einlauf aus Oberschlesien erhalten sollen.“

Dazu bemerke ich, wenn diese 5 Waggons der Ankerbrotfabrik oder einem anderen Nahrungsmittelunternehmen nicht zugewiesen werden, so bekommen wir eben kein Brot. Ich bemerke das nur deshalb, damit nicht geglaubt werden könnte, dass diese Abdisponierung etwa unterbleiben hätte können. In dem Berichte heisst es dann weiter: „Auf meine heutige telefonische Urgenz wegen Verbesserung der Kohlenlieferung hat mir soeben Herr Oberbaurat Philip vom Staatsamt für Handel und Gewerbe telefoniert, dass infolge Verfrachtung des Einlaufes aus Oberschlesien am heutigen Tage bloss 400 Tonnen Oberschlesischer Kohle an das Elektrizitätswerk abdisponiert worden sind und in den nächsten 2 Tagen mit einer noch geringeren Lieferung gerechnet werden müsse, weil sich der Förderausfall an den beiden Feiertagen geltend machen wird. Es bliebe nichts anderes übrig, als dem Elektrizitätswerk zwei Tage lang den Kohleneinlauf des Gaswerkes zuzuweisen. Hienu sei bemerkt, dass der Vorrat der Elektrizitätswerke zu Beginn des heutigen Tages zirka 1700 Tonnen betrug, und zwar zumeist schlechte Kohle, mit der nicht einmal zwei Tage das Auslangen gefunden werden könnte.“

Die Kohlenversorgung ist aber nicht nur beim Elektrizitätswerk und

beim Gaswerk schlecht, sondern es ist auch die Belieferung der städtischen Kohlenplätze geradezu katastrophal. Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass die Bringung von Holz ungeheure Schwierigkeiten verursacht. Trotzdem alles versucht wurde, Holz hereinzubringen, ist auf einen Ersatz von Kohle durch Holz unter keinen Umständen zu rechnen. Die mangelnde Kohle durch Holz zu ersetzen ist überhaupt unmöglich, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die der Holzaufbringung gegenwärtig auf allen Seiten entgegenstehen. Nur eine grössere Zufuhr von Kohle allein kann uns vor einer Katastrophe retten.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

Der 12. November im Rathaus.

In der heutigen Stadtratsitzung teilte Bgm. Reumann mit, dass er am 12. November, an dem Tage der Erklärung der Republik im Festsaal des Rathauses eine Festversammlung des Gemeinderates zu veranstalten beabsichtige. In derselben werde in einer Ansprache die Bedeutung des Tages gewürdigt werden.

Die Versammlung werde um 3 Uhr nachmittags beginnen.

Weiter teilte der Bürgermeister mit, er werde veranlassen, dass an diesem Tage die städtischen Gebäude und Schulen beflaggt werden. Der Tag werde den Schülern frei gegeben und es frage sich noch, ob es nicht zweckdienlich erscheinen werde, der Jugend eine bleibende Erinnerung durch ein Gedenkblatt auf dem Lebensweg mitzugeben. Endlich werde an diesem Tage eine Kostaufbesserung für die Pflinglinge und das Personal in den städtischen Humanitätsanstalten Platz greifen.

Wiener Kinder ins Ausland. VB. Winter machte in der heutigen Stadtratsitzung die Mitteilung, dass heute ein neuer Zug mit Wiener Kindern in die Schweiz abgehen werde. Es ist dies innerhalb kurzer Zeit der fünfte Zug, der Wiener Kinder in die Schweiz bringt. Am 24. September gingen 850 Kinder, am 8. Oktober 834 Kinder, am 14. Oktober 620 Kinder, am 2. November 1300 Kinder in die Schweiz. Mit dem heutigen Zuge werden es 4400 Kinder sein, welche/den letzten sechs Wochen in die Schweiz abgingen. VB. Winter betonte, dass, wenn dieses Tempo weiterhin eingehalten werden sollte, unsere kühnsten Hoffnungen in Erfüllung gehen werden. Er ersuchte den Stadtrat, dem Redakteur Buomberger in St. Gallen für die Bemühungen, die zur Abfahrt des heutigen Zuges führte, einen Brief mit den Dankesversicherungen des Stadtrates übermitteln zu dürfen.

VB. Winter machte weiters die Mitteilung, dass gestern ein Zug mit 400 Kindern nach Dänemark abgegangen ist und dass Aussicht bestehe, dass noch weitere Kinder nach Dänemark befördert werden können. Ferner sind Verhandlungen im Zuge, die darauf abzielen, Wiener Kinder nach Holland und nach Norwegen zu bringen. Es besteht Hoffnung, dass der Transport der Kinder nach Holland noch im Laufe des Winters erfolgen können wird.

W I E N E R R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z .

W i e n , 5 . N o v e m b e r 1919 . - A b e n d a u s g a b e .

Löbliche Redaktion !

Jn der-Notiz: Der 12. November im Rathause
soll es im ersten Absatz heissen

eine Bestversammlung der Gemeindefunktionäre
und nicht,,,,, des Gemeinderates,
